



Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Republik der Kapverden über die Benützung von Häfen und Flughäfen zum Schutze von Schweizer Schiffen und Flugzeugen im Falle von Krieg oder Kriegsgefahr

An den Bundesrat

Augrund des Antrages des EVD vom 2. Oktober 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Republik der Kapverden über die Benützung von Häfen und Flughäfen zum Schutze von Schweizer Schiffen und Flugzeugen im Falle von Krieg oder Kriegsgefahr

beschlossen:

1. Der Text der Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Republik der Kapverden über die Benützung von Häfen und Flughäfen zum Schutze von Schweizer Schiffen und Flugzeugen im Falle von Krieg oder Kriegsgefahr wird genehmigt.
2. Der Vorsteher des EDA oder jede von ihm bezeichnete Person wird beauftragt, die Vereinbarung zu unterzeichnen.
3. Die Vereinbarung ist nicht in die Gesetzessammlung aufzunehmen.

Für getreuen Protokollauszug:

*Hans Maurer*

Protokollauszug an:  
 ohne /  mit Beilage

z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	8	-
		EDI		
	X	EJPD	5	-
		EMD		
		EFD		
X		EVD	10	-
	X	EVED	5	-
		BK		
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

810.1

3003 Bern, den 2. Oktober 1991

An den Bundesrat

Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Republik der Kapverden über die Benützung von Häfen und Flughäfen zum Schutze von Schweizer Schiffen und Flugzeugen im Falle von Krieg oder Kriegsgefahr

## 1 Allgemeines

- 10 Artikel 22 des Bundesgesetzes vom 8. Oktober 1982<sup>1)</sup> über die wirtschaftliche Landesversorgung (LVG) verpflichtet den Bundesrat, die erforderlichen Massnahmen zur Sicherung ausreichender Transportmöglichkeiten und zur Offenhaltung der Transportwege im Falle einer Gefährdung der Zufuhren zu treffen.

Gemäss Artikel 13 der Verordnung vom 9. Juli 1983<sup>2)</sup> über die Organisation und Aufgaben der wirtschaftlichen Landesversorgung ist das Transportamt u.a. für die Sicherstellung des Land-, Wasser- und Lufttransportes im In- und Ausland zuständig.

- 11 Diese Sicherstellungsmassnahmen umfassen ebenfalls den Schutz der im Ausland eingesetzten Transportmittel, deren Besatzungen und Ladungen.
- 12 Schweizer Schiffe können sich während eines bewaffneten Konflikts grundsätzlich weder einem Geleitzug mit Schiffen aus kriegführenden Parteien anschliessen, noch dürfen sie Bannware für eine

1) SR 531

2) SR 531.11



kriegführende Partei an Bord haben. Verstossen sie gegen diese Grundsätze, so verlieren sie den Anspruch auf die, neutralen Schiffen nach Kriegsvölkerrecht zukommende besondere Behandlung.

- 13 Im Fall bewaffneter Konflikte müssen sich Schweizer Schiffe in erster Linie durch passive Massnahmen schützen. Dazu gehören namentlich der Entladung von Bannware, U-Boot-Identifikationssysteme, Schutzbemalung, Radarbeantworter und die Benützung völkerrechtlich zugesicherter Schutzhäfen.

Solche Schutzhäfen sind anzulaufen, wenn das Transportamt dies anordnet oder wenn bei Kriegsausbruch die Verbindungen zwischen der Einsatzzentrale in der Schweiz und der Schiffsleitung längerfristig unterbrochen sind.

- 14 Als Schutzmassnahme für schweizerische Grossraumflugzeuge gilt insbesondere auch die Sicherstellung der Benützung von strategisch interessanten Flughäfen, sei es im Transit oder zur Stationierung.

## 2 Die Bedeutung der kapverdischen Inseln für Schweizer Hochseeschiffe und Flugzeuge im Falle von Krieg oder Kriegsgefahr

- 20 Bereits im 2. Weltkrieg befand sich auf den Kapverden für Schweizer Schiffe ein Kohledepot. Die Inseln, damals noch zu Portugal gehörend, wurden von unseren Schiffen regelmässig angefahren zwecks Aufnahme von Brennstoffen, Trinkwasser und Lebensmitteln.

- 21 Die grosse strategische Bedeutung dieser Inseln als Zufluchtsort für schweizerische Seeschiffe und Luftfahrzeuge dürfte in Zeiten machtpolitischer Bedrohung ohne Einschränkung fortbestehen.

## 3 Die politische Struktur der Republik Kapverden

Zu Beginn dieses Jahres fanden erstmals offene Wahlen statt, an denen sich verschiedene Parteien beteiligen konnten. Die seit 1975, dem Jahr der Unabhängigkeit, regierende sozialistische Einheitspartei PAICV wurde dabei von der oppositionellen liberalen MPD deutlich geschlagen.

Dieser politische Wechsel vollzog sich ohne Schwierigkeiten. Er beeinträchtigte auch nicht die Bereitschaft der kapverdischen Regierung, mit der Schweiz eine "Schutzhafenvereinbarung" für den Fall von Krieg oder Kriegsgefahr abzuschliessen.

#### 4 Inhalt der Vereinbarung

- 40 Die Vereinbarung bildet die Grundlage zur Sicherung der Benützung der strategisch wichtigen kapverdischen Häfen und des Flughafens zum Schutze von Schweizer Seeschiffen und Flugzeugen im Fall von Krieg oder Kriegsgefahr.
- 41 Die Vereinbarung ist auf Wunsch der kapverdischen Behörden auf Regierungsebene abzuschliessen. Auch aus Sicht der schweizerischen Kompetenzordnung ist eine Unterzeichnung im Namen des Bundesrates angebracht.
- 42 Im Titel und im Artikel 1 werden die Begriffe "Krieg" und "Kriegsgefahr" verwendet. Die Begriffe umschreiben Sachverhalte, die von den Regierungen gegenseitig als erfüllt erklärt werden müssen, damit die vereinbarten Massnahmen zum Tragen kommen können.
- 43 In Artikel 1 und 2 sind die den Schweizer Schiffen zur Verfügung stehenden Einrichtungen und Versorgungsmöglichkeiten aufgezählt. Es wird auch festgehalten, dass die offiziellen Tarife und Gebühren gelten und keine Schlechterstellung gegenüber Drittstaaten erfolgen darf.
- 44 Artikel 3 gibt dem Transportamt die Erlaubnis, einen Schutzhafenkommissär zu ernennen. Die kapverdische Regierung sichert ihm die notwendige Unterstützung zu.
- 45 Artikel 4 regelt die Benützung von kapverdischen Kommunikationsmöglichkeiten und die Installation einer eigenen Kurzwellenverbindung zwischen dem Kommissär und dem Transportamt in der Schweiz.

Die kapverdische Regierung unterstützt, sollte dies notwendig werden, die Rekrutierung kapverdischer Seeleute für einen Einsatz auf Schweizer Schiffen.



46 Artikel 5 regelt die Benützung kapverdischer Flugplätze durch schweizerische Flugzeuge. Die für die Schiffe geltenden Möglichkeiten stehen grundsätzlich auch den Flugzeugen offen.

47 Nach Artikel 6 bemühen sich die schweizerischen Behörden im Rahmen ihrer Möglichkeiten geeignete Massnahmen vorzukehren, um den Vollzug der Vereinbarung zu ermöglichen.

48 Artikel 7 hält fest, dass die Programme der Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Schweiz und der Republik Kapverden durch diese Vereinbarung nicht beeinflusst werden.

In den Artikeln 8 und 9 sind die Zuständigkeiten in den fachtechnischen Bereichen festgelegt. Zudem wird die Möglichkeit aufgezeigt, die Vereinbarung durch technische Abmachungen und Detailregelung auf unterer Stufe zu ergänzen.

49 Nach Artikel 10 tritt die Vereinbarung mit der Unterzeichnung in Kraft. Die Kündigungsklausel wird auf sechs Monate festgelegt. Damit ist Gewähr geboten, dass einerseits die kapverdischen Schutzhäfen eine gewisse Zeit zur Verfügung stehen und andererseits die Verpflichtungen leicht gelöst werden können.

Zwischenstaatliche Vereinbarungen bedürfen gemäss der Praxis der Bundesbehörden unter anderem dann keiner Genehmigung durch die Bundesversammlung, wenn der Bundesrat vom Gesetzgeber zum Vertragsabschluss in eigener Kompetenz ermächtigt worden ist. Eine solche Ermächtigung kann auch in einer Delegation zum Erlass von Verordnungsrecht enthalten sein, wenn zur delegierten Kompetenz Massnahmen im internationalen Bereich gehören, die nur über einen Staatsvertrag wahrgenommen werden können und sofern der Staatsvertrag dem innerstaatlichen Gesetzesrecht nicht widerspricht. Im vorliegenden Fall ist diese Bedingung dadurch erfüllt, dass der Bundesrat gestützt auf Artikel 22 des Bundesgesetzes über die wirtschaftliche Landesversorgung in eigener Kompetenz die erforderlichen vorsorglichen Massnahmen zur Sicherung ausreichender Transportmöglichkeiten und zur Offenhaltung der Transportwege treffen kann. Diese Aufgabe kann im internationalen Bereich praktisch nur über Staatsverträge erfüllt werden. Der Bundesrat kann die vorliegende Vereinbarung somit in eigener Kompetenz abschliessen.

Wie dies bereits bei den Vereinbarungen mit den europäischen Vertragspartnerstaaten der Fall war, ist davon auszugehen, dass die kapverdische Regierung von einer Veröffentlichung dieses Vertragswerkes absehen wird, was auch in unserem Interesse liegt.

Die Schweizer Schiffe und Flugzeuge werden im Falle von Krieg oder Kriegsgefahr vom Transportamt eingesetzt (behördliche Lenkungsmaßnahmen; siehe Art. 23 LVG).

Die Vereinbarung mit der Republik Kapverden richtet sich daher nur an Aemter und nicht an den Bürger und enthält folglich keine rechtsetzenden Normen. Somit kann dem Wunsch der Vertragsparteien Rechnung getragen werden, dieses Abkommen vertraulich zu behandeln und somit nicht zu veröffentlichen (siehe Art. 2 Bst. b Publikationsgesetz, SR 170.512). Von einer Veröffentlichung in der AS wird daher abgesehen.

#### 5 Ergebnisse des kleinen Mitberichtsverfahrens

Die Bemerkungen des Bundesamtes für Justiz sind im Antrag berücksichtigt.

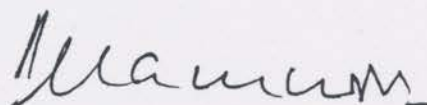
Das Bundesamt für Zivilluftfahrt sowie die Direktionen für Völkerrecht und für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe haben dem Antrag zugestimmt.

#### 6 Unterzeichnung

Am 28. Oktober 1991 wird der kapverdische Aussenminister zu einem offiziellen Besuch in Bern weilen. Die vorliegende Vereinbarung sollte anlässlich dieses Besuchs unterzeichnet werden.

7 Gestützt auf die vorstehenden Erwägungen ersuchen wir Sie, den beiliegenden Antrag gutzuheissen.

EIDGENÖSSISCHES  
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Beilagen:

- Text der Vereinbarung
- Beschlussesentwurf

Protokollauszug an:

- EDA zum Vollzug (3)
- EJPD z.K.
- EVD 10 (GS 4, BAWI 3, BWL 3) z.K.
- EVED z.K.

Zum Mitbericht an:

- EDA
- EJPD
- EVED



Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Republik der Kapverden über die Benützung von Häfen und Flughäfen zum Schutze von Schweizer Schiffen und Flugzeugen im Falle von Krieg oder Kriegsgefahr

---

Augrund des Antrages des EVD vom 2. Oktober 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

**beschlossen:**

1. Der Text der Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Republik der Kapverden über die Benützung von Häfen und Flughäfen zum Schutze von Schweizer Schiffen und Flugzeugen im Falle von Krieg oder Kriegsgefahr wird genehmigt.
2. Der Vorsteher des EDA oder jede von ihm bezeichnete Person wird beauftragt, die Vereinbarung zu unterzeichnen.
3. Die Vereinbarung ist nicht in die Gesetzessammlung aufzunehmen.

LE GOUVERNEMENT DE LA REPUBLIQUE DU CAP VERDE

Für getreuen Protokollauszug:



Le présent accord a été conclu entre le Gouvernement de la République du Cap Vert et le Conseil fédéral suisse.

ACCORD

entre

LE CONSEIL FEDERAL SUISSE

et

LE GOUVERNEMENT DE LA REPUBLIQUE DU CAP VERT

relatif à l'utilisation de ports et aéroports capverdiens pour la protection des navires et avions suisses en cas de guerre ou de danger de guerre.

Le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République du Cap Vert,

- eu égard aux relations amicales entre leurs peuples et pays,
- vu l'importance que revêt la navigation maritime pour l'approvisionnement des deux pays,

sont convenus de ce qui suit:

#### Article 1

En cas de guerre ou de danger de guerre, la République du Cap Vert s'engage à permettre l'utilisation, à des fins pacifiques, des ports capverdiens, y compris leur infrastructure, pour la protection des navires suisses contre paiement des tarifs et frais en vigueur sur son territoire. Ces tarifs et frais ne doivent pas être moins favorables que ceux appliqués à des pays tiers.

#### Article 2

L'engagement mentionné à l'article 1 comprend notamment:

- a. L'entrée et le séjour des navires suisses dans les ports et, selon les disponibilités existantes, leur ancrage aux quais ou leur mouillage au large;
- b. La collaboration en matière d'armement des navires suisses notamment en vivres, en eau potable et en carburants;
- c. les soins médicaux pour l'équipage des navires;
- d. l'exécution des réparations;
- e. la mise à disposition de places d'entreposage pour les marchandises qui doivent être déchargées;
- f. le logement à terre de l'équipage lorsque l'escale des navires est de longue durée;
- g. l'aide au rapatriement de l'équipage.

#### Article 3

1. Les autorités compétentes suisses désignent en cas de besoin un commissaire portuaire en tant qu'organe de liaison entre le commandement des navires et les autorités compétentes du Cap Vert.
2. Ce commissaire sera dûment légitimé par les autorités suisses.
3. Il prendra domicile dans la République du Cap Vert.



4. Le Gouvernement de la République du Cap Vert reconnaît ce commissaire comme représentant officiel des autorités suisses et lui apporte l'aide indispensable dans l'exercice de ses fonctions. Il lui accorde aussi les facilités nécessaires pour qu'il puisse remplir ses tâches en toute liberté.

#### Article 4

1. Le Gouvernement de la République du Cap Vert garantit aux navires suisses et au commissaire portuaire, l'utilisation des moyens de communication existants, tout particulièrement ceux ayant trait au domaine maritime, contre paiement des services fournis.
2. Il autorise le commissaire portuaire à utiliser, selon les règlements en vigueur, une installation d'ondes courtes pour le trafic téléphonique et par télex avec les navires et autorités suisses.
3. Il collabore, lorsque sollicité, au recrutement et à l'engagement de marins ressortissants de la République du Cap Vert pour travailler à bord de navires suisses.

#### Article 5

1. Le Gouvernement de la République du Cap Vert garantit aussi, dans les mêmes circonstances et conditions mentionnées à l'article 1, l'utilisation, conformément aux normes techniques nationales et internationales et selon les disponibilités existantes, de l'Aéroport International AMILCAR CABRAL à l'île de Saï ou autre aéroport à établir par accord, pour servir d'emplacement de stationnement ou de transit d'avions suisses.
2. En accord avec ce qui est établi à l'article 3, les autorités suisses compétentes désignent, en cas de besoin, un commissaire en tant qu'organe de liaison entre le commandement des aéronefs et les autorités capverdiennes compétentes.
3. Les obligations mentionnées aux articles 1, 2 et 4, alinéas 1 et 2, sont applicables par analogie.

#### Article 6

1. Le Conseil fédéral suisse s'engage à collaborer avec le Gouvernement de la République du Cap Vert, afin d'assurer la bonne exécution de cet Accord.
2. Il communique, en temps utiles, au Gouvernement de la République du Cap Vert toutes les informations nécessaires à l'établissement des conditions d'accueil dans les ports et aéroports indiqués ci-dessus et, notamment, celles ayant trait à l'identification des navires et des avions qui se déplaceront vers le Cap Vert ainsi que de l'équipage et de la cargaison respectifs.



Article 7

La collaboration visée par le présent Accord s'exercera indépendamment du programme Suisse - Cap Vert de coopération au développement.

Article 8

Sont compétents pour la préparation, la coordination et l'exécution des mesures prévues par le présent Accord:

- Pour la Suisse: l'Office des Transports de l'Approvisionnement économique du pays;
- Pour la République du Cap Vert: Secretaria de Estado dos Transportes e Comunicações.

Article 9

Le présent Accord peut être complété par les deux parties, par exemple par des arrangements techniques, des réglementations détaillées ou des plans.

Article 10

Le présent Accord entre en vigueur le jour de sa signature. Il pourra être dénoncé en tout temps, moyennant un préavis écrit de six mois.

Fait à Berne, le .....

en deux exemplaires en langue française et portugaise, tous les deux faisant foi.

Pour le Conseil fédéral suisse

Pour le Gouvernement de la République du Cap Vert

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Protoko	
<input checked="" type="checkbox"/> ohne /	
z.V.	z.K.
	X
	X
X	